BZ BERNER ZEITUNG REGION

Kita-Abstimmung: Welche Variante ist umsetzbar?

Von Adrian Zurbriggen. Aktualisiert um 06:15 Uhr

Die subventionierten Plätze in Kindertagesstätten sind knapp. Was ist das probate Mittel dagegen? Ein umfassender Rechtsanspruch, wie ihn die Kita-Initiative der SP verlangt, sagt Stadträtin Ursula Marti; die Einführung von Betreuungsgutscheinen, wie es der Gegenvorschlag will, sagt Marion Baldesberger, Leiterin der nicht subventionierten Kita Krokofant.

Streitgespräch zum Wohl der Familien: Marion Baldesberger (links), Leiterin der privaten Kita Krokofant, debattiert mit SP-Stadträtin Ursula Marti.
Bild: Beat Mathys

Die aktuelle Situation

2010 verfügte die Stadt über 456 Vollzeitplätze in 12 stadteigenen Kindertagesstätten (Kitas), dazu subventionierte sie 522 Plätze bei 13 privaten Kitas. Auf 978 Plätzen mit städtischen Tarifen wurden 1620 Kinder betreut. Dazu kommen 800 Kinder auf 480 privaten, nicht subventionierten Plätzen. Diese rein privaten Plätze können sich aber meist nur besser situierte Eltern leisten: Sie kosten pro Tag in der Regel deutlich über 100 Franken. Die subventionierten Plätze hingegen kosten je nach Einkommen zwischen 12 und 107 Franken.

Kita-Initiative der SP Alle Kinder haben sechs

Marion Baldesberger, nehmen wir an, ich suche für zwei Kinder, 1- und 5-jährig, am Dienstag und Donnerstag einen Betreuungsplatz. Finden wir da in Ihrer privaten Kita Unterschlupf?
Marion Baldesberger: Nach den Sommerferien sollte es klappen. Wenn Sie flexibel sind, also eventuell auf einen anderen Wochentag ausweichen können, erhöht das die Chance.

Dann müsste ich also drei Monate warten – gar nicht mal so lange. Ursula Marti, malt die SP ein Schreckgespenst an die Wand, wenn sie mit langen Wartelisten für ihre Initiative wirbt?
Ursula Marti: Überhaupt nicht. Die Anmeldeliste der Stadt Bern für einen subventionierten Platz umfasst 900 Kinder, nicht wenige Kinder stehen anderthalb Jahre auf der Liste.

Monate nach Anmeldung Anrecht auf einen subventionierten Kita-Platz – und zwar im gewünschten Umfang und im gewünschten Quartier. Der Anspruch gilt unabhängig vom Arbeitspensum der Eltern, also auch für Kinder nicht arbeitstätiger Eltern. Die Plätze werden von der bereits bestehenden zentralen Vermittlungsstelle vergeben. Es könnten weiterhin auch private Kitas mit einem Leistungsvertrag subventionierte Plätze anbieten. Die Kosten sind schwer abzuschätzen, der Gemeinderat rechnet aber mit mehreren Millionen Franken, die Initianten sprechen

von zwei Millionen.

Gegenvorschlag des Stadtrats Die Subventionen fliessen nicht mehr an die Kindertagesstätten, welche den Eltern dadurch reduzierte Tarife anbieten können, sondern als Betreuungsgutscheine direkt an die Eltern. Die Höhe der Gutscheine richtet sich nach dem Einkommen der Eltern. Eingelöst werden können diese Gutscheine bei städtischen oder privaten Kitas – die Eltern können also die Kita selber auswählen. Gutscheine zugut haben in der Regel nur Eltern in Ausbildung und erwerbstätige Eltern, und zwar im Umfang ihres gemeinsamen Beschäftigungsgrades. Nur in Ausnahmefällen haben erwerbslose Eltern Anspruch auf einen Gutschein. Auch beim Gegenvorschlag sind die Mehrkosten nicht zu beziffern.

Korrektur-Hinweis

Melden Sie uns sachliche oder formale Fehler.

senden

Marion Baldesberger: Dort sind auch viele Kinder drauf, die längst einen Platz in einer privaten Kita haben. Das erleben wir jeden Sommer: dass Kinder nach zwei Jahren bei uns in eine subventionierte und darum günstigere Kita wechseln. Während der ganzen Zeit standen sie auf der Warteliste – was aber nicht heisst, dass die Kinder keinen Kita-Platz gehabt haben.

Ursula Marti: Uns stört es auch, wenn die privaten Kitas Lückenbüsser sind. Doch dies ist eben der Fall, weil die subventionierten Plätze knapp sind. Das wollen wir ja gerade ändern mit der Initiative. Dann könnten die Kinder in Ihrer Kita bleiben zum günstigeren subventionierten Tarif.

Auf der Warteliste seien auch Kinder, die noch keinen Platz brauchten – etwa weil sie noch gar nicht geboren worden seien, sagte jüngst der Jugendamt-Chef.
Ursula Marti: Das zeigt doch gerade, wie prekär die Situation ist: Aus der Angst, einmal keinen Kita-Platz zu bekommen, melden sich die Eltern derart frühzeitig. Es ist eine Tatsache, dass gewisse Eltern lange auf einen Platz für ihre Kinder warten müssen. Diese Wartefrist wollen wir auf sechs Monate verkürzen.

Marion Baldesberger, ich verstehe nicht, was Sie gegen die Initiative haben. Die zusätzlichen Kita-Plätze würde die Stadt mit Leistungsverträgen bei privaten Kitas wie der Ihren einkaufen.

Marion Baldesberger: Leistungsverträge würden zwar unser Risiko minimieren und die Planungssicherheit erhöhen. Unsere Selbstständigkeit wäre aber massiv beschnitten. Ich habe mich einmal um einen Leistungsvertrag bemüht. Das ist ein relativ grosses Dossier. Ich habs dann wieder auf die Seite gelegt, weil die Stadt mir sehr, sehr viel vorschreiben würde. So wären etwa die Öffnungszeiten ganz klar vorgegeben. Es gäbe private Kitas, die ihr pädagogisches Konzept komplett ändern müssten.

Droht bei Annahme der Initiative ein pädagogischer Einheitsbrei?
Ursula Marti: Es ist doch normal, dass der Staat die Vergabe von Subventionen an gewisse Bedingungen knüpft, etwa in qualitativer Hinsicht, aber auch, was die soziale Durchmischung der Kitas angeht. Und auch bei Annahme der Initiative wäre es jeder privaten Kita freigestellt, ob sie einen Leistungsvertrag abschliessen oder selbstständig bleiben will. So bleibt die Breite das Angebots erhalten.

Marion Baldesberger: Das glaube ich nicht. Bei Annahme der Initiative hat es für private Kitas ohne Leistungsvertrag keinen Platz mehr, da stünden wir ohne Kinder da. Im jetzt schon stark subventionierten Stadtberner Kita-Markt überleben private momentan, weil es Nischen gibt, welche die städtischen Kitas nicht oder zu wenig abdecken – etwa die Babybetreuung oder spezielle

pädagogische Konzepte. Mit der Initiative würden auch die Nischen durch subventionierte Kitas abgedeckt.

Ursula Marti: Mit Betreuungsgutscheinen wäre die Situation nicht anders. Die privaten Kitas müssten sich genauso entscheiden, ob sie die Vorgaben des Kantons erfüllen wollen: Gutscheine könnten nämlich nur in jenen Kitas eingelöst werden, die das tun. Die kantonale Verordnung knüpft die Vergabe an Subventionen klar an diese Vorgaben.

Diese Verordnung schreibt auch die Tarife vor. Da kann der Markt ja gar nicht spielen.
Marion Baldesberger: Ja, aber das kann man ändern...

Ursula Marti: ...ich denke nicht, dass der politische Wille dazu da ist, und hoffe es auch nicht. Diese Verordnung ist nämlich eine wichtige Errungenschaft, legt sie doch für alle Eltern kantonsweit einheitliche Tarife fest. Sie können doch nicht auf städtischer Ebene etwas einführen, das nur funktioniert, wenn man die kantonale Gesetzgebung anpasst.

Marion Baldesberger: Die kantonale Verordnung ist nicht sakrosankt...

Ursula Marti: ...wir würden uns ganz klar dagegen wehren, die einheitlichen Tarife abzuschaffen. Das würde die soziale Durchmischung gefährden: Reiche Eltern könnten sich dann teurere Kitas mit besserem Betreuungsverhältnis leisten.

Marion Baldesberger: Das glaube ich nicht. Es würde keine exorbitanten Preisunterschiede geben, weil die Kita-Landschaft sehr stark reguliert ist.

Ursula Marti, die Initianten bezeichnen den Gegenvorschlag als «Bschiss». Warum?
Ursula Marti: Man erhält zwar einen Gutschein, aber keine Garantie, dass man ihn einlösen kann. Und wer kann ihn nicht einlösen? Unter anderen die fremdsprachigen oder bildungsfernen Familien, für deren Kinder ein Kita-Besuch aus Integrationsgründen besonders wichtig wäre. Für diese Familien würde es schwierig ohne die heutige zentrale Vermittlungsstelle, die ja beim Gutscheinsystem wegfiele. Sie hätten Mühe, sich zurechtzufinden in diesem System. Ich sehe nicht, wie man das marktwirtschaftliche Gutscheinsystem sozial abfedern kann.

In Luzern, wo erstmals in der Schweiz ein Gutscheinsystem installiert wurde, hat es der grüne Sozialdirektor auch geschafft, das System sozial abzufedern.
Ursula Marti: Der Pilotversuch in Luzern hat gezeigt, dass fünf Faktoren erfüllt sein müssen, damit das Gutscheinsystem funktioniert. In Bern sind vier davon nicht gegeben. Luzern ist viel kleiner als Bern und schon deshalb nicht vergleichbar. Zudem gab es in Luzern vor der Einführung der Gutscheine kaum subventionierte Kitas, während wir hier in Bern ein über Jahre gewachsenes System haben...

Marion Baldesberger: ...das nicht funktioniert, darum haben Sie ja Ihre Initiative lanciert und wir den Gegenvorschlag!

Ursula Marti: Würde man dieses System über den Haufen werfen, würden ganz viele Errungenschaften verloren gehen wie etwa die zentrale Vermittlungsstelle oder die soziale Ausgestaltung.

Der Luzerner Sozialdirektor sagt, dank den Gutscheinen sei die Qualität der Kitas besser geworden, weil die Position der Eltern gestärkt werde und die Kitas um deren Gunst buhlen müssten.
Ursula Marti: Was ist Qualität? Wenn eine Kita eine gute Idee hat, ist es doch besser, wenn sie diese mit den anderen teilt, als wenn sie diese alleine als Wettbewerbsvorteil einsetzt. Zudem sind es kaum

die Spezialangebote wie zum Beispiel Frühenglisch, welche die Qualität einer Kita wesentlich verbessern. Wichtiger sind doch Faktoren wie eine gute Ausbildung des Personals, nicht zu grosse Gruppen, gute Räume, gutes Essen – und das gilt für alle Kitas gleichermassen.

Sprechen wir über die Kosten. Die Initianten schätzen die Kosten ihrer Vorlage auf zwei Millionen; die Gutscheinbefürworter wagen keine Prognose. Verkaufen Sie, Marion Baldesberger, die Katze im Sack?
Marion Baldesberger: Ich finde es unseriös, irgendwelche Zahlen in die Welt zu setzen. Aber ganz sicher ist der Gegenvorschlag günstiger als die Initiative, weil die Anspruchsgruppe nicht so gross ist. Die Umsetzung der Initiative kostet im Übrigen nicht zwei, sondern mindestens zehn Millionen.

Ursula Marti: Mehr als drei Millionen kostet es nicht. Das Jugendamt stützt diese Schätzung.

Marion Baldesberger: Ich glaube nicht an die Umsetzbarkeit der Initiative, logistisch und organisatorisch. Die Anspruchsgruppe wird sehr gross: In der Stadt wurden letztes Jahr 1400 Kinder geboren, jedes hat einen Anspruch auf einen Kita-Platz – und zwar in uneingeschränktem Mass, also etwa unabhängig davon, ob seine Eltern arbeiten.

Ursula Marti: Sie sprechen so, als ob die Plätze gratis wären...

Marion Baldesberger: Sie wären nicht gratis, ja, aber sehr günstig: im günstigsten Fall 12 Franken pro Tag.

Was gibt Ihnen, Ursula Marti, die Gewissheit, dass die Initiative umsetzbar ist?
Ursula Marti: Wir haben das sorgfältig abgeklärt. Es gibt eine dreijährige Umsetzungsfrist, und nach der Anmeldung eines Kindes dauert es ja sechs Monate, bis der Anspruch eintritt. Innerhalb dieser Zeit ist es möglich, die nötigen Plätze zu schaffen.

Marion Baldesberger: Das bestreite ich aufgrund meiner Erfahrungen ganz klar. In meiner Kita haben Bundesämter Kontingente gekauft. Selbst die Bewirtschaftung dieser kleinen Kontingente ist anspruchsvoll. Um innerhalb von nur sechs Monaten alle nötigen Plätze zu haben, müssten riesige Überkapazitäten geschaffen werden.

Andere private Kita-Betreiber wie der Gemeinnützige Frauenverein, welcher acht Kitas in Bern führt, sehen das anders.
Marion Baldesberger: Ich hätte die Initiative unterstützt, wenn sie detaillierter ausformuliert wäre. Wenn sie etwa gesagt hätte, Priorität – auch bei der Wahl der Wochentage – haben erwerbstätige Eltern, und zwar im Umfang ihrer Stellenprozente. Dazu wäre aus meiner Sicht auch möglich gewesen, dass man nicht erwerbstätigen Eltern zwecks Integration der Kinder zum Beispiel einen Tag zugestanden hätte. Aber dieser Pauschalanspruch der Initiative ist ein Blindflug: Sie wissen nicht, wie die Leute auf die Initiative reagieren werden.

Ursula Marti: Als Basel den Rechtsanspruch einführte, wurden die Kitas nicht von Anmeldungen überflutet. Es wird auch bei uns keinen Boom geben. Die Eltern wollen so oft wie möglich mit ihrem Kind zusammen sein und geben es nur so viele Tage wie nötig in die Kita. Uns ist wichtig, die Eltern nicht zu bevormunden. Sie sollen selber entscheiden können, wie sie die Familien- und Erwerbsarbeit aufteilen und wie viel externe Kinderbetreuung sie dafür benötigen.

Marion Baldesberger: Das tönt ja schön, aber ich muss Ihnen sagen: Sie hantieren mit Steuergeldern. Der Kanton ist massiv verschuldet, und Sie sprechen davon, dass Sie dies und das den Eltern ermöglichen möchten Ich bin auch für Solidarität, bin auch dafür, dass man zur sozialen Integration in einem gewissen Rahmen Anspruch auf einen subventionierten Kita-Platz hat. Aber die Grenzen müssen definiert werden. Sonst wird es unbezahlbar. (Berner Zeitung)